

## **Arbeitnehmersolidarität im neoliberalen Strukturwandel**

In der Tübinger U35-Studie wurde davon ausgegangen, dass die (jungen) Beschäftigten unter Modernisierungsdruck stehen (Held u.a. 2011). Hinsichtlich der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kann ein wesentlicher Teil dieses Drucks als „neoliberaler Modernisierungsdruck“ gefasst werden, der sich auch auf das solidarische Handeln und die individuellen Handlungsmöglichkeiten auswirkt. Modernisierung wird definiert als ein „[p]olitisches und wirtschaftliches Schlagwort, das auf die (Eigen-) Dynamik, aber auch die Notwendigkeit des fortwährenden Veränderns und Verbesserns in der modernen Welt hinweist“ (Schubert/Klein1987: 184). Zwischen der Seite der Lohnabhängigen (vor allem Gewerkschaften) und der Unternehmerseite ist der Inhalt dieses „Veränderns und Verbesserns“ seit jeher umstritten und politisch umkämpft. Unternehmerseite und Wirtschaftswissenschaft werden dabei von wirtschaftsliberalen Ideen und Theorien dominiert. Diese galten in den letzten Jahren in der Regel als „modern“, emanzipatorische Ansätze als „traditionalistisch“ oder „besitzstandswahrend<sup>1</sup>“.

Der seit Mitte der 1970er Jahre stattfindende Strukturwandel unter neoliberalen Vorzeichen beeinträchtigt die Solidarität unter Beschäftigten, so die Anfangsthese. Wer an der Verwirklichung einer solidarischen Moderne interessiert ist, steht vor großen organisatorischen und individuellen Herausforderungen und sieht sich mit wirkmächtigen Gegenkräften konfrontiert.

### **1. Neoliberale Modernisierung als Strukturwandel der Sozialen Marktwirtschaft**

Im Jahre 1947 fand als Initiative für einen zu erneuernden Liberalismus in der Nähe von Montreux das Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society (MPS)<sup>2</sup> statt. Das weitgesteckte Ziel der intellektuellen Gesellschaft war, „zur Durchsetzung des Liberalismus als dominantes, wenn nicht absolutes Prinzip sozialer Organisation beizutragen“, so Friedrich August von Hayek (vgl. Walpen 2004: 112). Im Klartext ist das die Initiative für eine „neoliberale Modernisierung“ und Umstrukturierung der Gesellschaft. Die MPS gilt als „organisatorischer Ausdruck des Neoliberalismus“ (Starbatty 1994) und kann somit als „neoliberale Internationale“ bezeichnet werden.<sup>3</sup> Auch wenn es in diesem Zirkel (vor allem in der Anfangs-

---

<sup>1</sup> Der Spiegel 22/1997; Lambsdorff 2005

<sup>2</sup> Webseite: [www.montpelerin.org](http://www.montpelerin.org)

<sup>3</sup> Vgl. Plehwe/Walpen 1999, S. 227. „Erfunden hat den Begriff [Neoliberalismus, Anm. T.K.] der amerikanische Publizist Walter Lippmann in den dreißiger Jahren, und zwar als Bezeichnung für

zeit) durchaus handfeste Kontroversen zwischen „Ultra-Liberalen“ und gemäßigten Liberalen gab, eint alle MPS-Mitglieder der Kerngedanke des wirtschaftlichen Liberalismus: die absolute Überlegenheit des freien Marktes.<sup>4</sup> Der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich A. v. Hayek umriss in seiner Eröffnungsrede ein auf lange Frist angelegtes Programm. Die programmatischen Ziele sollten mittels intellektueller Arbeit (Gründung von Think-Tanks, Lobbyarbeit) und Einfluss auf die Politik verwirklicht werden. Für den Prozess zur Durchsetzung der wirtschaftsliberalen Ideen in der Praxis veranschlagte Hayek zwei bis drei Generationen, da sich erst dann das öffentliche Meinungsklima („the characteristic climate of opinion“), bzw. die dominante Weltanschauung geändert haben werde. Diese Langzeitperspektive teilte auch MPS-Gründungsmitglied Milton Friedman (Walpen 2004: 113). Den Gründungsmitgliedern war offensichtlich bewusst, dass die angestrebten Veränderungen auf massiven gesellschaftlichen Gegenwind stoßen werden und deshalb am nachhaltigsten über eine langfristige Veränderung der geltenden Ideen (d.h. auch von Paradigmen im Sinne von Thomas S. Kuhn), der gesellschaftlich-ökonomischen Infrastruktur aber auch die Schaffung von Sachzwängen erreicht werden können, wie es Herbert Giersch, „Nestor der deutschen Nationalökonomie“ und ehemaliger MPS-Präsident forderte:

„Widerstand gegen das Abspecken des Staates auf der Ausgabenseite kommt von der Bürokratie und den Subventionsempfängern. Wahrscheinlich muss daher das Abmagern auf der Steuerseite ansetzen: Steuersenkungen zum Mobilisieren des Diktats der leeren Kassen.“<sup>5</sup> (Giersch 1991: 18).

Zur Beurteilung und Gestaltung der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse wurden in der westlichen Welt und in zahlreichen so genannten Entwicklungsländern ab Ende der 1970er Jahre wirtschaftsliberale Positionen und Theorien dominant („neoklassische Konterrevolution“, vgl. Todaro 1997: 86ff.).<sup>6</sup>

---

all jene liberalen Ökonomen, Sozialwissenschaftler und Juristen, die aus dem Versagen des Liberalismus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und dem Vormarsch von Sozialismus und Faschismus Konsequenzen zu ziehen versuchten“ (Piper 2003). Der deutsche Neoliberalismus wird in der Regel als „Ordoliberalismus“ bezeichnet und ist die theoretische Basis der Sozialen Marktwirtschaft (vgl. Starbatty 1994). Ludwig Erhard, erster bundesdeutscher Wirtschaftsminister und oft als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnet, war MPS-Mitglied (Piper 2003; Walpen 2004).

<sup>4</sup> Normen, Werte und Menschenbild von Neoliberalen können durchaus massive Unterschiede aufweisen: „Als auf einer großen Tagung der *Mont Pèlerin- Gesellschaft* (Anfang September 1982 in Berlin) ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler die verschiedenen Formen staatlicher Umverteilung auf ihre Verträglichkeit mit der marktwirtschaftlichen Ordnung überprüfte, galt er vielen als ein verkappter Sozialist“ (Starbatty 1994: 239; zum Programm der 1982er MPS-Tagung: Liberaal Archief 2004, S. 69-72; zur Entwicklung der MPS: Walpen 2004). So gibt es ebenso auch neoliberale Anhänger sozialdarwinistischer Thesen, wie Verfechter eines allgemeinen Grundeinkommens (wobei dies in der Regel zur Durchsetzung einer weiteren Liberalisierung und zum Abbau des bisherigen Sozialstaats beitragen soll; vgl. Butterwegge 2007a).

<sup>5</sup> Und weiter: „Dies lässt allerdings die Staatsdefizite steigen“ (sic!; Giersch 1991: 18). Staatsdefizite dienen dann wiederum als Begründung für weitere Kürzungen im Sozialbereich.

<sup>6</sup> „Die Praxis der Vergabe der Nobelpreise für Ökonomie zeigt, dass der Neoliberalismus seit Mitte der 70er Jahre zur vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Doktrin geworden ist. 1974 erhält Friedrich von Hayek, der bedeutendste Vertreter dieser Schule zusammen mit Gunnar Myrdal den Preis. In der Folge wechseln sich zunächst Keynesianer, Neoklassiker und Liberale (darunter M.Friedman) ab, bis schließlich in den 90er Jahren dieser Preis ausschließlich neoliberalen Ökonomen vorbehalten ist“ (Schui 1996: 104; im Jahr 1998 erhielt Amartya Sen wieder

„Dank der Reformen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher gewann der angelsächsische Kapitalismus seine neue, von den Kapitalmärkten getriebene Dynamik.“ (Piper 2003)

Im Herbst 1982 markierte in der bundesdeutschen Politik das so genannte „Lambsdorff-Papier“ – veröffentlicht vom damaligen F.D.P-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (Lambsdorff 1982) - den Bruch der sozialliberalen Koalition und den angestrebten neuen politischen Kurs der „christlich-liberalen“ Bundesregierung unter Helmut Kohl („geistig-moralische Wende“).<sup>7</sup> Etwa zur gleichen Zeit starteten Unternehmer und Wissenschaftler (darunter einige MPS-Mitglieder) nahe Frankfurt eine neue Initiative „für mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und weniger Staatsintervention“ was zur Gründung der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Kronberger Kreis als wissenschaftlichem Beirat führte<sup>8</sup> (Weiss 2007: 7). Ziel war Politikberatung und Lobbyarbeit. Zahlreiche Mitglieder des Kronberger Kreises wurden im Laufe der Jahre in den Sachverständigenrat („Wirtschaftsweise“) berufen.

Die „Denkschrift“ Lambsdorff-Papier bezeichnete der noch amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Woche nach ihrem Erscheinen in seiner Erklärung im Bundestag als „Scheidungsbrief“ der Koalition.

„Sie (die Denkschrift, Anm.T.K.) will in der Tat eine Wende, und zwar eine Abwendung vom demokratischen Sozialstaat im Sinne Art. 20 unseres Grundgesetzes und eine Hinwendung zur Ellenbogengesellschaft.“ (Schmidt 1982, S. 7072)

Christoph Butterwegge nennt die Denkschrift „mehr als eine koalitionspolitische Scheidungsurkunde“, da damit der Neoliberalismus die öffentliche Meinungsführerschaft in der Bundesrepublik errungen habe (vgl. Butterwegge 2007b):

„Was den Marktradikalen bereits in Großbritannien unter Margret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan gelungen war, schafften sie nach dem Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl nun auch hierzulande: Der Interventionsstaat wurde einer Fundamentalkritik unterzogen und unter dem Beifall der Massenmedien eine rigorose `Reform´-Politik eingeleitet, die rückwärtsgewandt und `modern´ zugleich ausfiel.“ (Butterwegge 2007b)

---

als erster „Nicht-Neoliberaler“ den Preis für seine Armutsforschung). Aus neoklassischen Ansätzen folgt ebenso Wirtschaftsliberalismus in der Praxis, auch wenn es die eine oder andere theoretische Auseinandersetzung zwischen reinen „Neoklassikern“ und „Neoliberalen“ geben mag. Bislang wurden acht MPS-Mitglieder mit dem so genannten Wirtschaftsnobelpreis der schwedischen Reichsbank ausgezeichnet: F.A. v. Hayek, (1974), Milton Friedman (1976), George Stigler (1982), James M. Buchanan (1986), Maurice Allais (1988), Ronald Coase (1991), Gary Becker (1992), Vernon Smith (2002); (<https://www.montpelerin.org/montpelerin/mpsMembers.html>; 5.10.2012); wobei natürlich bei weitem nicht alle Anhänger wirtschaftsliberaler Ideen Mitglieder der MPS sind.

<sup>7</sup> Die jüngeren Befragten der U-35-Studie wurden um diese Zeit geboren, die älteren waren etwa 10 Jahre alt.

<sup>8</sup> Es gab in Deutschland schon ältere neoliberale Initiativen, Denkfabriken und Institute mit MPS-Kontakten, wie die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft oder das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Zwischen den neoliberalen Vereinigungen und Instituten gibt es vielfältige personelle Kontakte und Überschneidungen.

Hauptautor des Lambsdorff-Papiers war der damalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, spätere Bundesbankpräsident und Kuratoriumsvorsitzende der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, Hans Tietmeyer.<sup>9</sup> Die Ideen waren umstritten. Vor allem die Gewerkschaften wehrten sich gegen die neoliberalen Positionen (und ihre Meinungsführerschaft) und waren ebenso wie die „traditionelle Sozialdemokratie“ auch erklärte Gegner der „Erneuerer“ der Sozialen Marktwirtschaft (vgl. Weiss 2007: 8ff). Endgültig politisch durchgesetzt werden konnten die im Lambsdorff-Papier vertretenen neoliberalen Grundintentionen dann auch weitgehend erst von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder<sup>10</sup>, so auch der neoliberale Vordenker Milton Friedman im Spiegel:

„Vielleicht können die Linken (gemeint sind SPD und Grüne, Anm. T.K.) solch schwierige Reformen eher leisten, weil ihre Wähler trotzdem bei der Stange bleiben, schließlich kommt für sie keine andere Partei in Frage. Das ist bei den Konservativen anders. Die jetzigen Reformen entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen.“ (Friedman 2000)

Unter Gerhard Schröder wurde Wolfgang Clement „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit. Clement löste 2012 Hans Tietmeyer als Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ab.

Selbst wenn neoliberale Programme nie vollständig politisch verwirklicht wurden<sup>11</sup>, ist das gesellschaftlich-ökonomische Feld seit nunmehr 30 Jahren – unabhängig von der jeweiligen Regierung – von zunehmendem Wirtschaftsliberalismus („mehr Markt – weniger Staat“, „mehr Wettbewerb“, „mehr Eigenverantwortung“) geprägt. Die wirtschaftsliberale Mainstream-Wissenschaft ist zudem in Politik, Medien und Lehrbüchern *das* legitime Wissen bezüglich ökonomischer Vorgänge („dominantes kulturelles Kapital“).<sup>12</sup> Neoliberale, wie Hans Tietmeyer

---

<sup>9</sup> Mit-Autor war Eduard Pietsch, Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium und damaliger Chef des späteren IWF-Direktors und Bundespräsidenten Horst Köhler (Köhler 2004: 98).

<sup>10</sup> Dies geschah, nachdem der damalige SPD-Finanzminister Oskar Lafontaine, zermürbt vom Richtungskampf mit Kanzler Schröder und dem politischen Gegenwind von Bundesbankpräsident Tietmeyer, das Handtuch geworfen hatte (Der Spiegel 46/1998; Der Spiegel 40/1999, S. 125). Gleichzeitig habe der Richtungskampf in der SPD eine über die Partei hinausreichende Grundsatzdebatte ausgelöst und den Begriff des Neoliberalismus „in die Debatte gezerrt und ihn sogleich zu einem neuen Schimpfwort hochstilisiert“, so der Wirtschaftsjournalist und ehemalige Welt-Chefredakteur Peter Gillies in einer Schrift der Stiftung Marktwirtschaft (2000: 15). Gillies' Kollege Nikolaus Piper von der Süddeutschen Zeitung beklagt ebenso die Verwendung des Begriffs „Neoliberalismus“ als Schimpfwort: „[w]obei das Etikett 'neoliberal' auf fast alles geklebt“ werde, „was im weitesten Sinne mit ökonomischem Denken zu tun hat. „Selbst der Bundeskanzler setzt sich dem Verdacht aus, wenn er sich anheischig macht, ein paar ökonomische Ratschläge zu beherzigen“ (Piper 2003).

<sup>11</sup> Auch beklagen neoliberale Ökonomen oft eine zu hohe Staatsquote, angesichts derer wir beinahe schon im Sozialismus leben. Dabei werden die öffentlich-rechtlich organisierten Sozialversicherungen pauschal als staatliches Wirtschaften gewertet.

<sup>12</sup> Dass „neoliberale“ Positionen seit dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise 2008 auch von Ökonomen zunehmend in Frage gestellt werden, tut der Dominanz in der Praxis noch keinen Abbruch. Zudem treten manche Folgen des neoliberalen Strukturwandels nicht unmittelbar, sondern mit Verspätung und oft diffus auf, so auch der Soziologe Pierre Bourdieu: „In Frankreich hat sich der Staat aus vielen Gebieten der Daseinsvorsorge zurückgezogen. Die Folgen zeigen sich in unzähligen Leiden, und nicht nur der Leute, die von der großen Krise betroffen sind. Es lässt sich etwa nachweisen, dass jene Probleme, die sich in den Vororten der großen

arbeiteten hinter den Kulissen verschiedenster Bundesregierungen hartnäckig als ökonomische „Fachleute“ an der Umsetzung und Verbreitung wirtschaftsliberaler Ideen<sup>13</sup>. So prägte z.B. Tietmeyer auch maßgeblich die Linie der Europäischen Zentralbank und den europäischen Maastricht-Vertrag (vgl. Köhler 2004: 139; Starbatty 1999: 4f).

Die gesellschaftliche Infrastruktur wurde über die Jahre immer „neoliberaler“, wodurch vieles gar nicht mehr bewusst wahrgenommen und - mit dem Soziologen Pierre Bourdieu gesprochen - zum Selbstverständlichen, zur *doxa* wird: „Der Übergang zum »Liberalismus« vollzieht sich unmerklich wie die Kontinentaldrift“ (Bourdieu 1998: 117). Da sich nach Bourdieu gesellschaftliche Felder und die jeweils in ihnen handelnden Menschen parallel und in vielfältigen Wechselwirkungen entwickeln, liegt es nahe, dass der zunehmende Wirtschaftsliberalismus (mehr Markt, weniger Staat, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb usw.) Einfluss auf den Habitus der Individuen hat, ihr subjektives Handeln beeinflusst<sup>14</sup> und damit auch ihr solidarisches Handeln. So wurde von vielen Befragten der U-35-Studie ein Rückgang an Solidarität am Arbeitsplatz in den vergangenen Jahren festgestellt, der oftmals mit zunehmendem Konkurrenzdenken („Wettbewerb“) zwischen Beschäftigten oder Abteilungen einhergeht.

Als Grundlage der deutschen Wirtschaftsordnung ist im Staatsvertrag zwischen BRD und DDR vom 18. Mai 1990 die Soziale Marktwirtschaft festgeschrieben, die in der BRD schon vorher ungeschriebene Grundlage der Wirtschaftspolitik war. Die Soziale Marktwirtschaft ist – ebenso wie „Modernisierung“ - ein höchst umstrittener Begriff:

„Über das `Soziale´ in dem Gesamtkonzept gab es (...) schon seit den 50er Jahren immer viel Streit. Während für Ludwig Erhard der Sozialgehalt vor allem mit der dauerhaft funktionierenden und auf Wettbewerb basierenden Marktwirtschaft verwirklicht war, begann und beginnt für viele Sozialpolitiker das `Soziale´ zumeist erst mit den sozialen Sicherungssystemen, der fiskalischen Umverteilung sowie mit dem Arbeits-, Tarif- und Mitbestimmungsrecht.“ (Tietmeyer 2008)

Hayek war erklärter Gegner von Sozialpolitik und dem Begriff „sozial“. Auch mit dem ordoliberalen Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ konnte er sich „nicht so recht anfreunden“ (vgl. Goldschmidt 2000: 178):

„Ich bedaure diesen [Wort-] Gebrauch, obwohl es einigen meiner Freunde in Deutschland (und jüngst auch in England) offenbar mit seiner Hilfe gelungen ist, die Art Gesellschaftsordnung, für die ich auch eintrete, weiteren

---

Städte beobachten lassen, durch eine neoliberale Wohnungspolitik entstanden sind“ (Bourdieu 1998: 41).

<sup>13</sup> Vgl.: Der Spiegel 26/1985.

<sup>14</sup> Vgl. Kröll 2008.

Kreisen schmackhaft zu machen“ (Hayek 1980/81, zitiert nach Goldschmidt 2000: 178f)<sup>15</sup>

Wirtschaftsliberaler Kerngedanke ist, dass die Marktwirtschaft – wenn sie ungehindert funktioniert – keiner sozialen Korrektur bedarf. „Sie ist Sozialpolitik aus sich heraus“, so Hans Tietmeyer (vgl. Der Spiegel 26/1985: 42). Heutige Neoliberale in Deutschland sehen sich damit auch in der „wahren“ Tradition der Sozialen Marktwirtschaft, die nach ihrer Ansicht vielfältige Fehlentwicklungen durchmachte und wieder auf Kurs gebracht werden muss.<sup>16</sup> Dabei orientieren sie sich letztlich an den Grundgedanken der unsichtbaren Hand von Adam Smith:

„Aber sozial heißt eben nicht, dass man aus lauterem und gemeinwohlorientierten Motiven handelt, sondern dass das Ergebnis des Handelns – und sei es noch so egoistisch motiviert – der Gesellschaft nutzt. Dafür, dass dies so kommt, sorgt der Wettbewerb am Markt.“ (Rodenstock 2001: 23)

Der Wettbewerb ist der Kerngedanke der deutschen Neoliberalen („Ordoliberalen“). Ursprünglich dazu gedacht, Monopole und Marktmacht zu verhindern, ist der Wettbewerb inzwischen offensichtlich zum Selbstzweck geworden und wird vielfach als normativer Anspruch den Menschen bis auf die innerbetriebliche Ebene nahegelegt.

Funktionierende liberale Märkte werden von Neoliberalen nicht als Ausdruck und Schöpfung menschlicher Kultur<sup>17</sup> gesehen, sondern als quasi-natürliche Ordnung und Struktur, die mit dem Planetensystem und „dem Lauf der Gestirne“<sup>18</sup> verglichen werden kann (kritisch dazu: Kröll 2010: 11f.). Die Menschen drehen sich wie Planeten um den Marktwettbewerb. Durch staatliches Wirtschaftshandeln und öffentlich verwaltete Sozialversicherungen werden demnach das System gestört und die Individuen bevormundet. Dem Staat kommt in dieser Sichtweise folgerichtig lediglich eine Aufsichtsfunktion zu, die den störungsfreien Lauf des eigentlich perfekten marktwirtschaftlichen Systems überwachen soll.

Durch die Globalisierung haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Zudem habe die Soziale Marktwirtschaft zu viel Fett angesetzt (Rodenstock 2001: 29). Das wirtschaftliche, politische und kulturelle Umfeld habe sich grundlegend gewandelt.

---

<sup>15</sup> Goldschmidt zitiert hier aus „Hayeks spätem Hauptwerk“ »Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie« (3 Bände, München 1980/81), Bd. 2, S. 230, FN 26.

<sup>16</sup> Dies ist keine willkürliche Anmaßung. Es gibt vielfältige persönliche Verbindungslinien. So schrieb Hans Tietmeyer seine Diplomarbeit bei Alfred Müller-Armack, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte (Tietmeyer 2008). Im „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ werden 32 für die Soziale Marktwirtschaft bedeutende Persönlichkeiten genannt. Mindestens 18 davon sind oder waren MPS-Mitglieder. Drei weitere haben aktiv an MPS-Treffen teilgenommen, bspw. bei Podiumsdiskussionen (Haase/Schneider/Weigelt 2002, abgeglichen mit Walpen 2004, S. 477-493 und Liberaal Archief 2004).

<sup>17</sup> „Kultur“ im Sinne des Gegensatzes zu Natur.

<sup>18</sup> So z.B. bei Dahlmanns in Giersch 1991: 7.

„Auf diese Herausforderungen müssen neue Antworten gefunden werden, die sich an den alten, erfolgreichen Grundsätzen orientieren. Es geht um nicht weniger als um die Umsetzung einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft.“ (Rodenstock 2001: 29)

So gesehen ist neoliberale Politik („Modernisierung“) in den Augen ihrer Verfechter lediglich die „notwendige Anpassung“ der gesellschaftlich-ökonomischen Infrastruktur an die globalen ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre auf Basis der bekannten wirtschaftsliberalen Ansätze, sowie die Korrektur von „Fehlentwicklungen“ durch „zu viel Umverteilung durch Sozialpolitik“.<sup>19</sup> Neoliberale Lobbyarbeit und Politik beeinflussen aktiv den Wandel der Infrastruktur, so wie beispielsweise die Rahmenbedingungen der Arbeitsmärkte oder wenn die solidarisch organisierten sozialen Sicherungssysteme mutwillig zurückgeschraubt und zunehmend individualisiert, d.h. „privatisiert“ werden (was wiederum in der Regel das subjektive Gefühl sozialer Sicherheit beeinträchtigt):

„Das Wissen hat lange Jahre zur Verbreitung gebraucht, ist aber angekommen. Und die Politik hat bereits wirkungsvolle Korrekturen eingeleitet, auch wenn diese aus elektoraler Rücksichtnahme anders heißen und De-facto-Rentenkürzungen eben als `Demographie-Faktor´ oder `Rente mit 67´ daherkommen. Ein gutes Beispiel ist die kapitalgedeckte Riester-Rente. Steter Tropfen hat also doch den Stein gehöhlt.“ (Weiss 2007: 52)

Insofern scheint Hayeks Idee, über einen Zeitraum von etwa drei Generationen zur Durchsetzung des Liberalismus „als dominantes, wenn nicht absolutes Prinzip sozialer Organisation“ beizutragen, gar nicht so weit von der heutigen Realität entfernt. Randolph Rodenstock aktualisiert Hayeks Anspruch im Grundlagenbuch der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft:

„Wer die Neue Soziale Marktwirtschaft auf die Beine stellen will, muss im Grunde genommen die ganze Bevölkerung auf seine Seite bringen.“ (Rodenstock 2001: 31)

Das Terrain bleibt freilich umkämpft<sup>20</sup>, wobei sich durch den neoliberal beeinflussten Strukturwandel auch die Kräfteverhältnisse und die strukturellen Handlungsoptionen verschoben haben.

---

<sup>19</sup> Neoliberale „Reformer“ erscheinen somit als „modern“, ihre Gegner als ewiggestrige „Traditiona-  
listen“ und Blockierer.

<sup>20</sup> Einen Eindruck der politischen Kämpfe um den neoliberalen Strukturwandel geben alleine schon die ausführlichen Titel der in diesem Aufsatz zitierten Spiegel-Artikel (siehe Literaturverzeichnis). Innerhalb der SPD-Führung wurden diese zu Beginn der Regierung Schröder besonders erbittert ausgetragen.

## 2. Phänomene des Strukturwandels

Grundlage der Tübinger U-35-Studie war die Annahme, dass die Lebensführung und das solidarische Handeln der Beschäftigten unter (neoliberalem) „Modernisierungsdruck“ stehen (Held u.a.2011: 21ff). Globalisierung bringe einen Zuwachs an Chancen, verstärke aber gleichzeitig den „Wettbewerbs- und Anpassungsdruck- auch für die Wirtschaftspolitik“, so auch Randolph Rodenstock (2001: 30) in seinem Plädoyer für eine Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Modernisierung ist dabei durchaus ambivalent zu sehen und kann auch subjektive Freiheitszuwächse mit sich bringen.

Vier Phänomene werden in der U-35- Studie genannt (Held u.a.: 34ff), in denen der Modernisierungsdruck sichtbar wird: Umstrukturierung, Subjektivierung, Prekarisierung, Ökonomisierung (bzw. treffender: „Vermarktlichung“).

Als *Umstrukturierung* wird im großen Rahmen der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in Verbindung mit der Verbreitung neuer Technologien genannt:

„Aus der Industriegesellschaft der fünfziger Jahre ist die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts geworden. Informations- und Kommunikationstechniken haben einen beispiellosen Innovationsschub ausgelöst. Der starre Arbeitsrhythmus ist zumeist längst passé. Flexible Arbeitszeiten und eigenständiges Arbeiten bestimmen den Alltag vieler Beschäftigter.“ (Rodenstock 2001: 30)

*Subjektivierung der Arbeit* kann u.a. als eine Folge neoliberaler Politik gefasst werden. Vielfach werden Menschen zu „Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft“ (Voß/Pongratz 1998). Dabei wird besonders die Eigenverantwortung betont.

*Prekarisierung* als Zunahme an Unsicherheit ist ebenfalls eine Folge der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft. Die Absicherung von individuell nicht zu verantwortenden Lebensrisiken (z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle) wird zunehmend wieder „privatisiert“. Kollektive öffentliche Sicherungssysteme werden im Namen der „Eigenverantwortung“ und dem Zurückdrängen eines als „bevormundend“ diffamierten Staates zurückgefahren. „Prekarität ist überall“, konstatierte Pierre Bourdieu (1998: 96). Befristete Stellen und Teilzeitstellen sind auf dem Vormarsch. Prekarität ist Teil einer neuartigen Herrschaftsform geworden, „die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“, so der Vorwurf Bourdieus (1998: 100).

*Ökonomisierung* oder besser *Vermarktlichung* des beruflichen und privaten Lebens beschreibt die zunehmende Geltung von Marktmechanismen auf immer mehr gesellschaftlichen Ebenen.

### 3. Solidarität aus wirtschaftsliberaler Sicht

Die Deutung des Begriffs „Solidarität“ hängt eng mit dem jeweiligen Verständnis des Sozialen zusammen. „Sozial“ aus wirtschaftsliberaler Sicht bezieht sich im Prinzip rein abstrakt auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Auf der willkürlich gesetzten allgemeinen Grundannahme, dass eine liberale Marktwirtschaft immer per se das bestmögliche System ist und zu den bestmöglichen Ergebnissen führt, geht es bei Verfechtern des Wirtschaftsliberalismus meist nur darum, dieses System besser zu gestalten und zu erhalten, bzw. vor dem Auseinanderbrechen zu schützen.<sup>21</sup>

Solidarität wird aus neoliberaler Sicht dementsprechend in der Regel als gesellschaftlich organisierte Solidarität betrachtet. Der Fokus liegt auf staatlichen oder öffentlich-rechtlichen sozialen Sicherungssystemen. Diese sollen lediglich als Basisabsicherung dienen. Neoliberale warnen davor, dass kollektive öffentliche Sicherungssysteme von einzelnen Egoisten ausgenutzt werden (können). Individuell-privat organisierte soziale Sicherungen werden als Gegenmodell gefordert und durchgesetzt. Die Gefahr der Ausnutzung dieser privaten Systeme wird nicht thematisiert (sei es durch Gewinninteressen von Versicherungsunternehmen oder rücksichtsloses Verhalten einzelner Versicherter).

Arbeitnehmersolidarität wird dementsprechend auch nicht als Solidarität betrachtet, sondern als „egoistisches Gruppeninteresse“, das tendenziell weniger dem Gruppeninteresse der gesammelten (zahlenmäßig weit kleineren, aber im Kapitalbesitz weit überlegenen) Unternehmerschaft gegenübersteht, sondern den Arbeitslosen, die bereit sind ihre Ware Arbeitskraft billiger zu verkaufen: Die „Jobbesitzer“ haben demnach „durch Strangulierung der Marktmechanismen“ bedenkenlos ihre Position ausgebaut, „ihre Einkommen gesteigert und ihre soziale Sicherheit mit mehr Komfort ausgestattet“ (vgl. Gillies 2000: 21). Dadurch drohe eine Spaltung der Gesellschaft und eine Überfrachtung der Sozialkassen (ebd.).

Veränderungen der gesamten sozialen Infrastruktur werden von Neoliberalen damit gerechtfertigt, dass Solidarität ihre Grenzen hat:

„Solidarität beruht auf einem sittlichen Fundament, im Grunde auf der christlichen Nächstenliebe. Solidarität muss sich aber auch vor Missverständnissen, vor allem aber vor Missbrauch schützen. Es wäre eine Perversion des sozialen Grundgedankens, wenn – überspitzt formuliert – eine bequeme Minderheit sich von einer leistungsbereiten Mehrheit alimentieren ließe.“ (Rodenstock 2001: 25f.)

---

<sup>21</sup> Dazu gehört dann, dass manche wirtschaftsliberale Lobbyisten in Krisensituationen staatliche Rettungsprogramme von Banken befürworten (Vergesellschaftung der Schulden, private Gewinne), was im Prinzip der wirtschaftsliberalen Lehre widerspricht. „Linke“ Ökonomen, die dies ebenfalls fordern, fordern gleichzeitig eine Vergesellschaftung der geretteten Banken, um die späteren potentiellen Gewinne ebenfalls zu vergesellschaften.

Solidarität wird in dieser Sichtweise also – überspitzt gesagt – schon durch wenige Menschen, die zu Unrecht Sozialhilfe beziehen, so stark geschädigt, dass dadurch im Prinzip die Tatsache gerechtfertigt ist, darauf hinzuwirken, das gesamte soziale Sicherungssystem zu privatisieren, mehr Eigenverantwortung zu fordern und die Hauptverantwortung für die Vorsorge vor gesellschaftlichen Risiken (Krankheit, Altersarmut, Invalidität, Arbeitslosigkeit) wieder den einzelnen Menschen zuzuschieben und gleichzeitig, einen Großteil der Vorsorgeaufwendungen privaten Gewinninteressen zu unterwerfen (z.B. Privatisierung der Altersvorsorge). Die Minderheit derjenigen, die z.B. mit ihren spekulativen Geldanlagen enorme Gewinne einfahren und gleichzeitig kriselnde Volkswirtschaften noch weiter in den Ruin treiben und somit Solidarität im Sinne eines öffentlich-rechtlichen sozialen Sicherungssystems unter Druck setzen und sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, ist von Rodenstock mit „eine bequeme Minderheit“ nicht gemeint.

Da Märkte an sich in der wirtschaftsliberalen Sichtweise zu „sozialen Ergebnissen“ führen, ist letztlich egoistisches Handeln an Märkten immer sozial.

Dabei wird auch mit weiteren nicht-definierten oder nicht genügend definierten Begriffen, wie „Nutzen“ operiert:

„Allen (Unternehmern, Anm.T.K.) ist aber gemeinsam, dass sie – gewollt oder ungewollt – durch ihr Tun der Gesellschaft nutzen. Und das – der Gesellschaft nützlich sein – ist eigentlich sozial, wenn man den Begriff nicht als beliebigen Wortjoker für alles Mögliche missbraucht, wie es heute an der Tagesordnung ist.“ (Rodenstock 2001: 23)

Rodenstock lamentiert darüber, dass „sozial“ als beliebiger „Wortjoker“ gebraucht wird und verwendet im selben Atemzug „der Gesellschaft nützlich sein“ als beliebigen Wortjoker.

#### **4. Solidarität aus gewerkschaftlicher Sicht**

Während Solidarität aus wirtschaftsliberaler Sicht ein dem freien Markt nachrangiges gesellschaftliches Organisationsprinzip ist, war Solidarität aus gewerkschaftlicher Sicht, vereinfacht gesagt, lange Zeit auch der Kampf gegen ebendiese Praxis und Ideologie des Wirtschaftsliberalismus, d.h. die Praxis und Theorie des Kapitalismus<sup>22</sup>. Doch auch in den Gewerkschaften gibt es Machtkämpfe und Richtungsstreitigkeiten, wie den Machtkampf in der IG Metall im Jahr 2003 (Süddeutsche Zeitung 2003). Der damalige CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende

---

<sup>22</sup> Zum Begriff Kapitalismus meint Westdeutschlands einflussreichster Ökonom, Herbert Giersch: „Um das zu beschreiben, was wir unter Marktwirtschaft in reiner Form verstehen, muss man die verschiedenen Punkte addieren: Dezentralisierung, Subsidiarität, Wettbewerb, Selbstregulierung, Privatisierung, Privateigentum, Individualismus. Wer das Wort nicht scheut, mag das Ganze `Kapitalismus´ nennen, genauer: Wettbewerbskapitalismus“ (Giersch 1991: 15f).

Friedrich Merz bezeichnete den Konflikt als Grundsatzstreit. Dieser Streit ähnelt letztlich dem bereits erwähnten in der SPD zwischen „Modernisierern“ und „Traditionalisten“ zu Beginn der Regierung Schröder:

„Was jetzt in der IG Metall stattfindet, ist in Wahrheit ein Richtungskampf um Rückfall in alte Ideologien oder Modernisierung (...) Wir stehen vor der Frage, ob wir in Deutschland in Zukunft moderne Gewerkschaften haben.“  
(Friedrich Merz, zitiert nach Süddeutsche Zeitung 2003)

Die Gewerkschaften haben den bekannten Doppelcharakter als „integrierender Ordnungsfaktor und systemübergreifende Gegenmacht“ (vgl. Negt 2004,2005: 61), der sich immer wieder auch in inneren Konflikten ausdrückt. Schon zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland gab es einen bedeutenden Kampf zwischen Unternehmerseite und Gewerkschaften. Direkt nach dem zweiten Weltkrieg hatten die Gewerkschaften „ganz selbstverständlich ein umfassendes politisches Mandat wahrgenommen“ (a.a.O.). Dies geschah in der Überzeugung, dass „Kapitalismus und Demokratie langfristig miteinander unvereinbar sind und dass in Horkheimers Worten, vom Faschismus schweigen sollte, wer nicht über den Kapitalismus rede“ (a.a.O.: 56f)<sup>23</sup>. Der Kampf zwischen Unternehmerseite und Gewerkschaften in der Anfangsphase der Bundesrepublik endete nach Oskar Negt mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 und der damit „erzwungenen Reduktion des politischen Mandats“ in einer Niederlage der Gewerkschaften (a.a.O.). Schon die Nazis hatten – so Negt – die Chance erkannt, die in der widersprüchlichen Stellung der Betriebsräte lag und „verwandeln sie in *Vertrauensräte* gegenüber dem *Betriebsführer*“ (a.a.O.):

„Seit es Betriebsräte in dieser Zwischenstellung gibt, existiert die politische Gefahr, sie in Gefolgschaftsräte der Unternehmen umzuwandeln. Die Entmachtung der Gewerkschaften ist, 1933 nicht anders als heute, eine entscheidende Voraussetzung für diese Transformation in gleichsam nachgeordnete Behörden des Betriebsmanagements.“ (Negt 2004,2005: 59)

So zieht sich durch die Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaften ein roter Faden der Zerrissenheit zwischen Systemstabilisierung und Systemüberwindung, der immer wieder auch in Flügelkämpfen an den Gewerkschaftsspitzen zum Ausdruck kommen kann. Auch zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 stabilisierten GewerkschafterInnen das bestehende System. So erfanden IG Metall Betriebsräte aus der Autoindustrie um Auto-Expertin Babette Fröhlich in der Krise 2008 die umstrittene sogenannte „Abwrackprämie“ (IG Metall 2009). Über ihre Kontakte in die SPD-Spitze legten sie die Idee der CDU/SPD-Regierung unter Angela Merkel („Große Koalition“) nahe, die sie dann umsetzte. Hier wäre zumindest die Chance gewesen, das strukturelle Problem der deutschen Wirtschaft – die auf dem Automobilbau basierende Abhängigkeit vom Export – als grundlegendes Problem zu benennen und für einen sozialökolo-

---

<sup>23</sup> Ähnliche Überzeugungen gab es nach dem zweiten Weltkrieg „bis in christlich-konservative Gruppierungen hinein“ (Negt 2004,2005: 56f).

gischen Wandel einzutreten, anstatt mitzuhelfen, die auf der wirtschaftsliberalen extremen Exportorientierung basierende strukturelle Schwäche zu stabilisieren. Die kurzfristig gedachte Solidarität mit den nationalen Unternehmen, um die Arbeitsplätze der in der Automobilproduktion Beschäftigten zu „sichern“ verdrängt grundlegende Probleme ökonomischer Abhängigkeit, die mittelfristig enorm viele Arbeitsplätze kosten können.

Zum Begriff Solidarität und Gewerkschaften gibt es unzählige Abhandlungen. Es gibt dabei keine einheitliche erschöpfende Deutung des Begriffs. Auch ist es naheliegend, dass die Begriffsdeutung zwischen hauptamtlichen GewerkschafterInnen und „einfachen ArbeiterInnen“ ebenso differieren kann, wie zwischen sogenannten „Modernisierern“ oder „Traditionalisten“ in den Gewerkschaftsspitzen. Neben der Analyse von Streiks oder solidarischen gewerkschaftlichen Kampagnen können die tatsächlichen Einstellungen und Handlungen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten nur in aufwändigen Untersuchungen und auch nur für einen bestimmten Zeitpunkt herausgefiltert werden.

Einfacher ist es, die Standpunkte und Forderungen führender Gewerkschafter und Grundsatzprogramme wiederzugeben. IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, vertritt „klassische“ (bzw. „klassisch linke“) gewerkschaftliche Standpunkte mit internationalistischer Sichtweise („ein altes Ansinnen, aber zugleich das Aktuellste, das ich kenne“) und scheut sich nicht vor gewerkschaftlicher Selbstkritik:

„Der 1. Mai war stets auch ein Tag der internationalen Solidarität. Aber: Zu oft endet diese gute Tradition am Gartenzaun der eigenen Sorgen.“ (Urban 2011: 6)

Es geht Urban auch „um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen einteilt“ (ebd.).

- Solidarität mit ArbeitsmigrantInnen bei gleichzeitiger Bekämpfung von Lohn-dumping und Ausbeutung (vgl. Urban 2011: 9).

- Solidarität mit Arbeitslosen, ALG-II-EmpfängerInnen und Beschäftigten im Niedriglohnsektor:

„Wir dürfen die Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose nicht mitmachen. Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihren Anspruch auf Solidarität.“ (Urban 2011: 10)

- Solidarische Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen mit höheren Beiträgen für höhere Einkommen:

„Wer starke Schultern hat, kann auch mehr tragen“ (Urban 2011: 12).

Ziele sind ein solidarischer Sozialstaat und eine „gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen“ (Urban 2011: 15). Es geht um das Ansinnen, für eine Gesellschaft zu kämpfen, „in der Solidarität und Humanität nicht

immer wieder gegen die Interessen kleiner Minderheiten durchgekämpft werden müssen“ (ebd.).

## **5. Ein Fazit und Schlussfolgerungen für gewerkschaftliche InteressenvertreterInnen**

Das Verhältnis junger Beschäftigter zu Gewerkschaften kann nicht pauschal beschrieben werden. Es unterscheidet sich auch nach Berufsfeldern. Das individuelle Spektrum reicht von der Identifikation junger Beschäftigter mit Unternehmerinteressen („Die Gewerkschaften legen einem nur Steine in den Weg“<sup>24</sup>) bis hin zur Anerkennung der Gewerkschaften als wichtiger gesellschaftlicher Institution weit über die reine Vertretung von den Interessen der Beschäftigten im Betrieb und bei Tarifverhandlungen hinaus. Pierre Bourdieu beklagt in seinem Buch *Gegenfeuer* die systematische Zerstörung von Kollektiven durch neoliberale Politik (1998: 110). Wenn durch zunehmende Vereinzelung und „mehr Eigenverantwortung“, sowie die Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft in Stammbeslegschaften und Leiharbeitende die sozialen Felder der Lohnarbeit verändert werden, verändern sich zwangsläufig auch die in den Feldern handelnden Menschen. Wenn egoistisches Handeln mehr oder kurzfristigeren Erfolg verspricht, wird es in der Tendenz auch zunehmen und Solidarität abnehmen, wie es einige Befragte der U-35-Studie feststellten. Auch ist es naheliegend, dass „mehr Eigenverantwortung“ mit tendenziell „weniger Mitgefühl“ und weniger Solidarität einhergeht. Dies wird von Neoliberalen auch ohne Scham plakativ vertreten:

„Der Wettbewerb, jenes Prinzip von Vorstoß und Verfolgung, also die Jagd nach der möglichst besten und preiswertesten Lösung, ist das Zentrum des marktwirtschaftlichen Leitbildes. Beim Sport hat niemand Probleme damit. Das Prinzip, stets der höheren und besseren Leistung nachzujagen, wird dort allgemein akzeptiert. Da geht es um Zentimeter und Tausendstelsekunden. Das Publikum spendet brausenden Beifall. Nie käme es auf den Gedanken, dem Letztplatzierten etwa deswegen zu applaudieren, weil es sich um einen Alleinerzieher mit psychosozialen Problemen handelt. Beim Kampf um die sportliche Höchstleistung wird kein Pardon gegeben.“<sup>25</sup> (Gillies 2000: 7)

Die „klassische“ Organisation des Arbeitsfeldes in großen Betrieben begünstigte die Organisierung und das Lernen solidarischen Handelns der Beschäftigten in der Praxis. Nach Oskar Negt (2005: 6) waren frühere Betriebe „Zwangskollekti-

---

<sup>24</sup> Ausspruch eines interviewten Beschäftigten in der IT-Branche im Forschungsprojekt U-35. Ausführliches Zitat siehe Beitrag Billmann/Held: „Die Bedeutung von Solidarität für junge Beschäftigte im Dienstleistungsbereich“ in diesem Band.

<sup>25</sup> Gillies war der wichtigste Berater von Randolph Rodenstock beim Verfassen des Buchs „Chancen für Alle – die Neue Soziale Marktwirtschaft“ (Rodenstock 2001: 13).

ve“ zwischen ArbeitnehmerInnen. Diese Kollektive zerfallen zunehmend (Flexibilisierung der Arbeit, Leiharbeit, etc.) Dazu passt die zunehmend „neoliberale Arbeitsorganisation“ (Wettbewerb zwischen Abteilungen und Beschäftigten).

Somit werden die Rahmenbedingungen des Arbeitsfeldes ungünstiger, um sich solidarisch zu organisieren. Zudem verspricht ein „vermarktlichter Habitus“ - zumindest kurzfristig - größeren monetären Erfolg. Solidarisches Miteinander am Arbeitsplatz kann nur da entstehen, wo Menschen sich kennen, bzw. kennenlernen und Räume (auch zeitlich) haben, die dies ermöglichen. Die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und die Zunahme von Leiharbeit wirken dem entgegen. Werden Arbeitsfelder immer mehr von Marktmechanismen dominiert, dann hat Solidarität immer weniger Chancen. Solche Vorgänge sind vor allem gemeint, wenn Pierre Bourdieu die neoliberale Umstrukturierung *in ihrer Wirkungsweise mit der Wirkungsweise* des HIV-Virus vergleicht: die Abwehrmechanismen der Opfer werden angegriffen (Bourdieu 2001).

Wer an einer nachhaltigen solidarischen Modernisierung interessiert ist, steht damit nicht zuletzt vor der großen Herausforderung, zur Stärkung der Widerstandskräfte „gegen die neoliberale Invasion“ – parallel zu laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – zunächst an der (Wieder-) Erschaffung von stabilen Räumen mitzuwirken, die gemeinschaftliches solidarisches Handeln und Lernerfahrungen begünstigen oder überhaupt erst wieder möglich machen.

## 6. Literatur

Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK

Bourdieu, Pierre 2001: „Politik ist entpolitisiert“ Der französische Soziologe Pierre Bourdieu über die Schwächen, Illusionen und Chancen der weltweiten Protestbewegung. In: Der Spiegel 29/2001, S. 120.

Butterwegge, Christoph 2007a: Grundeinkommen und soziale Gerechtigkeit. Grundeinkommensmodelle im Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 51/52-2007. <http://www.bpb.de/apuz/30034/grundeinkommen-und-soziale-gerechtigkeit?p=1>; 21. Oktober 2012

Butterwegge, Christoph 2007b: Drehbuch für den Sozialabbau. Vor 25 Jahren wurde das Lambsdorff-Papier publik. Es markiert eine Wende: Der Neoliberalismus errang die öffentliche Meinungsführerschaft in der Bundesrepublik. In: Die Tageszeitung/taz, 6. September 2007. Berlin; <http://www.taz.de/!4287/>; 13. Oktober 2012

Der Spiegel 26/1985: Das letzte Wort. Seit über einem Jahrzehnt zählt der CDU-Spitzenbeamte Hans Tietmeyer zu den Regisseuren der Bonner Wirt-

- schaftspolitik. 1987 soll der Erfolgreiche zur Bundesbank überwechseln. S. 38-42
- Der Spiegel 22/1997: Ein Mann, der eine Rolle spielt. Das Image des Modernisierers hat Oskar Lafontaine an Gerhard Schröder verloren. Nun will sich der SPD-Chef vom Makel des Verweigerers befreien. S. 30-32
- Der Spiegel 46/1998: „Nichts tun geht nicht“ Genug gejubelt: Die Schröder-Regierung hat einen schlechten Start erwischt, die Wirtschaft protestiert gegen die Steuerpläne, die Wähler der neuen Mitte wenden sich ab. Der Ruf nach dem Kanzler wird lauter. Die Reformer in der Regierung fühlen sich allein gelassen – und vom Traditionalisten Lafontaine überrollt. S. 22-34
- Der Spiegel 40/1999: Der lange Weg zum kurzen Abschied. Das Protokoll eines Machtkampfs. S. 116-130
- Friedman, Milton 2000: „Alle Steuern sind zu hoch“. Spiegel-Gespräch. In: Der Spiegel 41/2000. S. 128-132
- Giersch, Herbert 1991: Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West. Mit einem Vorwort von Gert Dahlmanns. Bad Homburg: Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung.
- Gillies, Peter 200. Marktwirtschaft.de. Bad Homburg: Frankfurter Institut Stiftung Marktwirtschaft und Politik;  
[http://www.stiftungmarktwirtschaft.de/uploads/tx\\_ttproducts/datasheet/marktwirtschaft.de.pdf](http://www.stiftungmarktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/marktwirtschaft.de.pdf); 3. Oktober 2012
- Goldschmidt, Werner 2000: Freier Markt oder soziale Gerechtigkeit? In: Goldschmidt, Werner/Klein, Dieter/Steinitz, Klaus (Hg.) 2000: Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui. Heilbronn: Distel Verlag, S.177-193
- Haase, Rolf H./Schneider, Hermann/Weigelt, Klaus (Hg.) 2002: Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn: Ferdinand Schöningh
- Held, Josef/Bibouche, Seddik/Billmann, Lucie/Holbein, Melanie/Kempf, Martina/Kröll, Tobias 2011: Was bewegt junge Menschen? Lebensführung und solidarisches Handeln junger Beschäftigter im Dienstleistungsbereich. Wiesbaden: VS-Verlag
- IG Metall 2009: Eine Idee macht Karriere. In: kompakt, Ausgabe 01/2009, S.3;  
[http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs\\_ig\\_metall\\_xcms\\_145064\\_\\_2.pdf](http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_145064__2.pdf); 16. Oktober 2012
- Köhler, Horst 2004: „Offen will ich sein – und notfalls unbequem“ Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. Hamburg: Hoffmann und Campe

- Kröll, Tobias 2008: Die Ideologie des Neoliberalismus als kulturelles Kapital. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 12/2008, S. 70-78; <http://www.linksnet.de/de/artikel/24545>; 3. Oktober 2012)
- Kröll, Tobias 2010: TINA-Prinzip und TINA-Positivismus. Überarbeitetes Arbeitspapier der Sommertagung 2010 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m5510.pdf>; 3. Oktober 2012
- Lambsdorff, Otto Graf 1982: Konzept für eine für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In: Neue Bonner Depesche 9/September 1982; <http://admin.fnst.org/uploads/644/Lambsdorffpapier-2.pdf>; 8. Oktober 2012
- Lambsdorff, Otto Graf 2005: Vorsicht, Besitzstandswahrer! In: Die Welt, 20. Juni 2005; [www.welt.de/677232](http://www.welt.de/677232); 8. Oktober 2012
- Liberaal Archief (Hg.) 2004: Mont Pèlerin Society (1947-...). Inventory of the General Meeting Files (1947-1998). Preface by Jacques Van Offelen. Member of the Mont Pèlerin Society. Former Belgian Minister: <http://www.liberaalarchief.be/MPS2005.pdf>; 4. Oktober 2012
- Negt, Oskar 2004,2005: Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift. Göttingen: Steidl
- Negt, Oskar 2005: Arbeit und menschliche Würde und die Aufgaben der Gewerkschaften. In: ISW (Hg.): isw-Report Nr. 62. München
- Piper, Nikolaus 2003: Neoliberal – na und? Leitartikel in: Süddeutsche Zeitung; 18.1. 2003
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard 1999: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 115, 29. Jg. 1999, S. 203-235; <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/1999/Prokla115.pdf>; 8. Oktober 2012
- Rodenstock, Randolf 2001: Chancen für Alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft. Köln: Deutscher Instituts- Verlag
- Schmidt, Helmut 1982: Erklärung des Bundeskanzlers. In: Deutscher Bundestag - 9. Wahlperiode – 115. Sitzung. Bonn, Freitag, den 17. September 1982. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/09/09115.pdf#p.702>, S. 7072ff; 13. Oktober 2012
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (Hg.) 1997: Das Politiklexikon. Bonn: Dietz
- Schui, Herbert 1996: Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren. In: Schui, Herbert/Spoo, Eckart

- (Hg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Heilbronn: Distel-Verlag, S.103-123
- Starbatty, Joachim 1994: Ordoliberalismus. In: Issing, Otmar (Hg.) 1994: Geschichte der Nationalökonomie. München: Vahlen, S.239-254
- Starbatty, Joachim 1999: Begrüßung. In: Nörr, Knut Wolfgang/Starbatty, Joachim (Hg.) 1999: Soll und Haben. 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Stuttgart: Lucius&Lucius, S. 3-5
- Süddeutsche Zeitung 2003: IG Machtkampf. 9. Juli 2003
- Tietmeyer, Hans 2008: „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“. Rede bei der Veranstaltung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zum 60. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsreform am 12. Juni 2008 in Berlin. <http://www.hans-tietmeyer.de/veranstaltungzum60jahrestagderwirtschaftsundwaehrungsreform.html> (2. Oktober 2012)
- Todaro, Michael P. 1997: The Neoclassical Counterrevolution. Challenging the Statist Model: Free Markets, Public Choice, and Market-friendly Approaches. In: Drs. 1997: Economic Development, 6<sup>th</sup> Edition. London/New York: Longman, S. 86-90
- Urban, Hans-Jürgen 2011: Das ist das Mindeste! Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Sicherheit. Rede am 1. Mai in Braunschweig. Manuskript
- Voß, G.Günter/Pongratz, Hans J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jhg. 50 (1 1998, S. 131-158
- Walpen, Bernhard 2004: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg: VSA
- Weiss, Ulrich 2007: Mehr Mut zu Freiheit und Markt. 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis. Berlin: Bloch & Co

---

Dieser Beitrag wurde im April 2013 in dem Sammelband „Solidarität in der Krise – Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis“ (hgg. Von Lucie Billmann und Josef Held; Springer Verlag Wiesbaden)<sup>26</sup> veröffentlicht Dieses Manuskript ist nicht seitenidentisch mit dem Buchbeitrag.

---

<sup>26</sup> <http://www.springer.com/springer+vs/soziologie/book/978-3-658-00911-3>

